

Thomas Meyer

## Europäische Identität als Produktivkraft

Das Wort »Identität« hat für manche den Beigeschmack von Zwang, für andere den einer tröstenden Gewissheit. Wo nüchtern konstatiert wird, sie sei die ohnehin stets mitlaufende Bestätigung der Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen in jeder sozio-kulturellen Lebenspraxis, eine Art unvermeidliches soziales Bindemittel also, fehlt zumeist der Hinweis, wie sie in der modernen Welt als eine *ganze Gesellschaften* innerlich verbindende Form überhaupt noch gewonnen, bestimmt und festgehalten werden kann. Nicht umsonst ist ja allerorten von »Identitätskrise« die Rede. Worauf bezieht sich der Begriff? Die Übergänge zwischen sozialer, kultureller und politischer Identität erscheinen fließend und unbestimmt. Das gilt besonders, sobald von Europa die Rede ist. Dass Identität in der modernen Welt – mit der Ausnahme des aktuell um sich greifenden fundamentalistischen »Identitätswahns« – nur noch im Plural vorkommt, gerät bei der Suche nach der einen, alle Europäer verbindenden Gemeinsamkeit gern in Vergessenheit. Dennoch dürfte unstrittig sein, dass demokratische Gemeinwesen, einschließlich des transnationalen Staatenverbundes Europäische Union, ohne ein Bewusstsein der Zugehörigkeit und des grundlegenden Einverständnisses der Bürger/innen weder Handlungsfähigkeit und Stabilität noch Legitimation und Solidarität ausbilden können. Vor allem in ihrem diesbezüglichen Defizit dürften die Wurzeln für die anhaltenden Krisen der EU zu finden sein. Erst eine alltagstaugliche europäische Identität kann, so lautet eine häufige Diagnose, der Maschinerie der unübersichtlichen Institutionen der EU etwas wie eine »Seele« einhauchen, die sie mit den Bürger/innen des Kontinents vital verbindet.

Worin genau besteht aber ein solches Identitätsminimum lebendiger Gemein-

wesen, und welches sind seine Quellen? Die Vorstellung, es gäbe etwas wie eine homogene kulturelle Identität Europas, welche die angedeuteten politischen Funktionen von selbst erfüllen könnte, sobald sie erst einmal gefunden und definiert ist, erweist sich im geschichtlichen Rückblick als Holzweg, denn es gab auf dem Kontinent zu jeder festen kulturellen Gewissheit schon seit den griechischen Gründern immer auch die zugehörige Gegenrede. Darauf deutet das von Historikern oft gebrauchte Bonmot hin, das einzige, alle Europäer kulturell verlässlich Verbindende, sei der »Widerspruch«, die immerwährende Dialektik ihrer kulturellen Verhältnisse. Indessen zeigte sich in den griechischen Anfängen auch schon, wo das zuverlässig Gemeinsame jenseits der Welt der kulturellen Widersprüche einer Gesellschaft zu finden ist: nämlich in einem politischen Gemeinwesen, dem alle zugehören wollen, weil sie trotz all ihrer Verschiedenheit seine Normen und Regeln teilen können – und wollen.

Schon der Ursprungsmythos des Kontinents beschreibt diesen kulturellen Grundwiderspruch treffend. War doch Europa, die Tochter des Agenor, König von Sidon, aus *Hybrider Ursprung* phönizischem Territorium von keinem Geringeren als dem griechischen Göttervater Zeus in Gestalt eines Stiers nach Kreta entführt worden. Der Vater Europas aber war nord-afrikanischer Herkunft, er stammte aus Ägypten. So mischt der Mythos wie die Realität selbst Einflussströme aus drei Kulturkontinenten zu dem, was dann Europa wurde: schon im Keim ein Hybrid.

Darin liegt nichts Ungewöhnliches, denn alle Kulturen, sogar das lange abge sonderte Japan, lebten zuinnerst von Importen aus anderen Welten, und ihre rigiden Homogenitätsfiktionen waren späte

Erfindungen zu politischen Zwecken. Das gilt auch für den Fortgang der Geschichte Europas in seinem Verhältnis zu den beiden kulturellen Rivalen, von denen es im offiziellen Selbstverständnis durch scharfe und eindeutige Trennlinien geschieden sein wollte: Byzanz und Islam. Von Byzanz hat es die meisten Rituale und Formen übernommen, die Staatlichkeit in Europa symbolisch konstituierten, von islamischen Gelehrten im Hochmittelalter den Gedanken der Trennung von Glaube und Vernunft, der dann in der Aufklärung, dem Gründungsakt der modernen politischen Kultur Europas, seine reifsten Früchte trug. Aber auch die Aufklärung selbst blieb ja bekanntlich nicht unwidersprochen. Immerhin förderte sie, was dann im Kern europäischer Konsens wurde, eine politische Kultur der demokratischen Rechtsstaatlichkeit, die den fortwirkenden kulturellen und religiösen Differenzen eine für alle akzeptierbare Form der gleichberechtigten und toleranten Koexistenz zur Verfügung stellte.

Kulturelle Identität besteht im Bewusstsein und in der alltäglichen Praxis einer Gemeinsamkeit von Erzählungen, Werten und des Wissens. Das alles war in Europa stets umstritten und einem tiefgreifenden Wandel unterworfen. Die Berufung auf einzelne Überlieferungen, besondere Inhalte und Sinnfelder dieses dialektischen Prozesses aus der vormodernen Zeit, »das Christentum« etwa, kann nur zur Neubelebung alten Streitiges, aber nicht zur Begründung neuer Gemeinsamkeit führen. Politische Identität gründet demgegenüber in verbindenden Grundwerten für das öffentliche Leben eines Gemeinwesens und der Geltung der gleichen verbindlichen Regeln und Gesetze. Sie ist dort möglich und nötig, wo Menschen in einem politischen Gemeinwesen zusammenleben, das Verbindlichkeiten schafft, die allen gegenüber, unabhängig von ihren kulturell/religiösen Identitäten, durchgesetzt werden können. Große, kulturell hochgradig plu-

ralistische Staaten wie Indien oder die USA zeigen, wie das halbwegs gelingen kann. Politische Identität setzt nur die Übereinstimmung in den politischen Grundwerten für das öffentliche Zusammenleben voraus, und darüber hinaus die Zugehörigkeit zum selben politischen Gemeinwesen, von dessen Wohl und Wehe, von dessen Entscheidungen alle betroffen sind.

Die Suche nach einer starken kulturellen Identität Europas aber, die den Kontinent normativ und in den Gehalten seiner geistigen Produktionen ein für alle Mal vom Rest der Welt unterscheidet und alle seine Bürger/innen fest miteinander verbindet, als eine Art Gemeinschaft stiftender Besitz also, kann zu nichts anderem führen als zu der Erinnerung an Kontroversen, Verschiedenheit und erbitterte Kämpfe mit dem Höhepunkt der Religionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts. Gewiss, viele Facetten der europäischen Kulturgeschichte sind in der Gegenwart »aufgehoben«, aber nicht als eingeebnetter, homogener Besitz für alle. Das gilt für das Christentum mit all seinen einander fortwirkend widerstreitenden Konfessionen und Denominationen genauso wie für viele Gehalte der Aufklärung und ihre postmodernen Widersacher. Es gilt erst recht für die immer aktive Wechselwirkung zwischen Europas »Eigenem« und dem »Fremden«, von »außen« Hereinströmenden, die sich im Zeichen zunehmender Transkulturalität unentwirrbar mischen. Die forcierte Suche nach einer gemeinsamen kulturellen Identität aller Europäer/innen verführt daher zur Übertreibung von Differenzen zwischen Europa und dem Rest der Welt sowie zu trügerischen Homogenitätsfiktionen im Inneren.

Die politische Identität der EU als Verfassung und als Projekt beruht auf den Grundwerten der rechtsstaatlichen und sozialen Demokratie als der einzigen Staats- und Lebensform, die das gleiche und freie Zusammenleben kulturell/religiös höchst verschiedenartiger Bürger/innen im sel-

ben Gemeinwesen gewährleistet. Sie war in ihrem demokratischen Kern zwar in der antiken Polis angelegt und in ihrem Respekt vor dem Eigenwert des individuellen Menschen in der Stoa und im Christentum vorgedacht. Ihre Materialisierung in politischen und rechtlichen Institutionen, die von allen anerkannt sind, erfuhr sie jedoch erst, nachdem zwei Jahrhunderte Religionskrieg die alte Idee einer »christlich« regierten Gesellschaft historisch entwertet hatten. Mit Renaissance und Aufklärung öffnete sich dann eine neue Ideenwelt, die das Individuum und seinen Anspruch auf Autonomie zum Dreh- und Angelpunkt einer neuen Ordnung für Gesellschaft und Staat werden ließ. Diese politische Kultur hat sich in den Ländern Europas in unterschiedlicher Geschwindigkeit gegen anhaltende Widerstände erst im Verlauf des 20. Jahrhunderts als Gemeingut durchgesetzt – natürlich nicht ohne immer wieder infrage gestellt zu werden. Wenn irgendetwas, dann ist sie es, die als Identität Europas, als Summe seiner historischen Erfahrungen bezeichnet werden kann. Sie ist der Kern des Inhalts des europäischen Verfassungsvertrags (Lissabon 2008) und Überzeugung fast aller Bürger/innen über die Normen und Regeln des öffentlichen Lebens: zugleich ein Institutionensystem und eine Bürgergesinnung.

Eine solche politisch-kulturelle Form der europäischen Identität bedarf keiner Abgrenzung von anderen Kulturen oder

### *Politisch-kulturelle Identität*

Religionen – sie steht aber im Widerstreit mit Autokratie und Willkürherrschaft, politischen Zuständen also, die auch in Europa selbst nie endgültig gebannt sind. Für dieses Verständnis des Verhältnisses von kultureller/religiöser Identität und Bürgerstatus (*citizenship*) ist entscheidend, dass es nur jenes Minimum an verbindlicher Gemeinsamkeit für alle festlegt, das allen Bürger/innen den größtmöglichen Freiraum garantiert, ihre eigene Identität (als Weltanschauung/Religion

und Lebenspraxis) selbst zu bestimmen. Und so ist sie auch in der »Verfassung« der EU verankert. Europäische Identität ist vor allem der offene und tolerante Umgang mit Religionen und Lebenskulturen im persönlichen und öffentlichen Leben. Das Scheitern des europäischen Konvents 2003 beim Versuch, die christlichen und/oder aufklärerischen Wurzeln Europas für den politisch geeinten Kontinent als eine Art überpolitische Orientierung verbindlich zu machen, hat dieses Identitätsverständnis endgültig ratifiziert.

Spezifisch europäisch sind an dieser Identität über ihren normativen Kern hinaus vor allem zwei weitere Merkmale. Das eine sind ihre, den bürgerlichen Grundrechten im Prinzip gleichwertigen, sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte. Demokratie heißt in der EU immer »soziale Demokratie« – als Verfassungsauftrag. Das ist einer der, aus der jüngeren Geschichte erwachsenen, bedeutenden Unterschiede zur politisch-kulturellen Identität der USA. Wesentlich für die Identität der Bürger/innen der EU und nicht weniger bedeutsam als die normative Übereinstimmung, ist aber der quasi-staatliche Charakter der politischen Gemeinschaft mit ihren gesetzgebenden und beratenden Institutionen. Aus ihm entspringt eine Art »existenzielle« Zusammengehörigkeit, denn alle der Union Zugehörigen sind in ihrer Lebensführung unvermeidlich von deren verbindlichen Regeln betroffen, und alle gemeinsam haben die Chance, teils direkt, teils indirekt, an der Beratung und Beschlussfassung über sie mitzuwirken. Sie sind folglich in ihren vitalen Interessen und Werten alle auf besondere Weise miteinander verbunden und voneinander abhängig – etwas schwächer, aber nicht ganz anders als ein nationales Staatsvolk. Darum sind sie, auch wenn das weniger offenkundig ist als im nationalen Rahmen, in ihrem eigenen Interesse unvermeidlich auf wechselseitige Solidarität angewiesen. Identität und Solidarität verweisen aufeinander.

Solidarität erwächst aber nicht aus Beschwörungen, sondern erst aus der Erfahrung ihres praktischen Wertes. Wie wir aus der Geschichte der Entstehung europäischer Nationalstaaten aus oft sehr heterogenen Bestandteilen wissen, müssen Gemeinsamkeiten im Bildungswesen, eine durch offene und kontroverse Debatten dauerhaft alle miteinander in Verbindung bringende politische Öffentlichkeit und die Erfahrung verbundener Interessen in längeren Prozessen hinzutreten. Die Folgen der europäischen Politik seit der Finanzmarktkrise 2008 waren in dieser Hinsicht hochgradig ambivalent. Auf der Haben-Seite ihrer Bilanz sind die tiefen und kontroversen euroweiten Debatten im Gefolge der Eurokrise und der griechischen Misere zu verzeichnen. Sie haben das Bewusstsein der »schicksalhaften« Verbundenheit erheblich gestärkt. Zugleich sind in ungekanntem Maße eine europaweite Öffentlichkeit und die Erkenntnis der ausschlaggebenden Rolle kontrovers diskutier- und entscheidbarer Politik gewachsen. Auf der Soll-Seite steht dem entgegen, dass die tatsächliche Wechselseitigkeit der sozialen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten der Bürger/innen Europas voneinander durch viele Vorurteile teilweise verdeckt blieb und nicht ins volle Bewusstsein der momentanen »Gewinner« der Krise getreten ist. Davon aber hängt die Zukunft Europas ab.

Ein Nord und Süd verbindendes Solidarbewusstsein ihrer Bürger/innen ist zugleich eine der Voraussetzungen für eine gemeinsame Wirtschaftsregierung und eine Sozialunion der EU, die es ihrerseits dann wieder stärken. Dazu bedarf es einer gründlichen Debatte über die enormen Vorteile, die die reichen Mitglieder bislang einseitig aus der Ungleichheit in der EU geschöpft haben und ihre Bereitschaft, einen fairen Anteil von ihrem Überschuss an die ärmeren zurückzugeben. Dann wird auch für diese die Verbundenheit der Interessen aller als Realität erfahrbar. Nichts würde die politische Identität der EU-Bürger/innen mehr fördern als das. Freilich würde auch eine in allen Mitgliedsländern in unterschiedlichen Graden gestärkte europäische Identität zu den jeweiligen nationalen Identitäten »nur« hinzutreten, statt sie zu ersetzen. Dennoch ließe auch eine erfolgreiche Entwicklung in diesem Sinne die entscheidende Frage nach der »Finalität« der EU weitgehend offen: Wie viel und welche Form gemeinsamer Staatlichkeit über das Erreichte hinaus (oder gar hinter es zurück) wollen die europäischen Bürger/innen nach aller gemachten Erfahrung heute? Ohne Zweifel ist aber die Förderung der Identität und Solidarität der Bürger/innen Europas die beste Voraussetzung für eine Lösung dieser Frage, die dann auch funktioniert, weil sie von allen gewollt wird.



**Thomas Meyer**

ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der NG/FH. In der edition suhrkamp erschien 2015: *Die Unbelangbaren: Wie politische Journalisten mitregieren.*

*thomas.meyer@fes.de*